

Angelika Brunkhorst  
Eva Bulling-Schröter  
Undine Kurth (Quedlinburg)

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Steenblock, Undine Kurth (Quedlinburg), Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Einführung eines Europäischen Tags der Meere**

– Drucksachen 16/8213, 16/12654 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Bernhard Kaster  
Kurt Bodewig  
Michael Link (Heilbronn)  
Alexander Ulrich  
Rainer Steenblock

Hier haben folgende Kolleginnen und Kollegen ihre **Reden zu Protokoll** gegeben: Bernhard Kaster, Ingbert Liebing, Christoph Pries, Kurt Bodewig, Hans-Michael Goldmann, Eva Bulling-Schröter und Rainer Steenblock.

**Bernhard Kaster (CDU/CSU):**

*Bereits vor ziemlich genau einem Jahr haben wir uns hier im Plenum in erster Lesung mit dem zweiten Teil der heutigen Tagesordnung, dem Grünen-Antrag für die Einführung eines Europäischen Tages der Meere, näher befasst. Ich will das damals Gesagte an dieser Stelle nur nochmals kurz skizzieren und mich nicht in Wiederholungen ergehen. Faktum jedenfalls ist und bleibt, auch nach der Behandlung dieses Antrags in den Ausschüssen: Er ist natürlich gut gemeint. Indes: Gut gemeint genügt oftmals nicht. So verhält es sich auch hier.*

*Politisch wird – dies ist an dieser Stelle erneut zu unterstreichen – der allgemeinen Stoßrichtung des Antrags der Grünen längst gefolgt. Ich verweise in diesem Zusammenhang etwa auf die Anstrengungen während der deutschen EU-Präsidentschaft vor bereits zwei Jahren, als mit der „Bremer Erklärung zur Zukunft der Meerespolitik in der EU“ wesentliche Impulse für eine integrierte Meerespolitik gegeben wurden.*

*Es folgte dann eine Mitteilung der Europäischen Kommission zur integrierten Meerespolitik der EU mit einer ganzen Reihe interessanter Anstöße. Die Reihe lässt sich weiter fortsetzen. Längst werden weitere, ergänzende Bereiche behandelt, wird die ganze Thematik vertieft, ergänzt und ausgeweitet. Ganz aktuell etwa hat sich erst vor wenigen Wochen der Rat der EU-Agrarminister mit einer Mitteilung der Kommission zur nachhaltigen Zukunft der Aquakultur befasst, zu denen möglicherweise noch unter tschechischer Präsidentschaft entsprechende Schlussfolgerungen verabschiedet werden können.*

*Mit der Vorlage des Grünbuchs der Europäischen Kommission zur Gemeinsamen Fischereipolitik steht zudem auch dieser für den Zustand der Meere ganz wesentliche*

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Tagesordnungspunkte 27 a und 27 b:

- a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Undine Kurth (Quedlinburg), Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Die Bedrohung der Meeresumwelt durch Unterwasserlärm stoppen**

– Drucksachen 16/5117, 16/7168 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Ingbert Liebing  
Christoph Pries

**Bernhard Kaster**

- (A) *und bekanntermaßen schwierige Bereich vor einer grundlegenden Neuausrichtung. Die Diskussion im Rat dazu hat begonnen, und Deutschland wird sich dazu konstruktiv einbringen.*

*Daran zeigt sich: Die von den Grünen eingeforderte Politik für die Meere findet längst statt, in einem umfassenden, nachhaltigen Sinne. Auf vielen Ebenen – europäisch, national, regional, lokal – wird intensiv an einer integrierten und in sich stimmigen Politik für die Zukunft unserer Meere gearbeitet. Der mit der „Bremer Erklärung“ begonnene Prozess hat eindrucksvoll Gestalt angenommen.*

*Natürlich betrifft, darüber sind wir in der CDU/CSU-Fraktion uns völlig im Klaren, vor allem uns Deutsche als Anrainer von Nord- und Ostsee die Gefährdung der Weltmeere ganz konkret. Das heißt für uns etwa, insbesondere das sensible Ökosystem Wattenmeer zu schützen. Zugleich, das will ich ausdrücklich nochmals für meine Fraktion hier hervorheben, kommt es ganz entscheidend darauf an, alle politischen, gesetzgeberischen wie administrativen Maßnahmen, gleich ob auf europäischer, nationaler oder regionaler Ebene, stets in Kooperation mit den Bewohnern der Küsten zu ergreifen. Es sind die Menschen vor Ort, deren unschätzbare Erfahrungswissen wir uns – und dies halte ich anlässlich dieser Debatte im europäischen Maßstab für sinnvoll – zunutze machen müssen.*

*Keine Frage: Wir dürfen uns nicht auf dem bereits Erreichten ausruhen. Die europäische Politik für die Meere, von Deutschland ganz entscheidend initiiert und weiter vorangetrieben, muss fortgeführt und ausgestaltet werden. Genau darauf, auf das konkrete Handeln, die konkrete Tat im Austausch mit den Menschen vor Ort, die an den Meeren und vielfach als Fischer auch von den Meeren leben, kommt es an.*

- (B) *Genau darauf, auf das konkrete Handeln, die konkrete Tat im Austausch mit den Menschen vor Ort, die an den Meeren und vielfach als Fischer auch von den Meeren leben, kommt es an.*

**Ingbert Liebing (CDU/CSU):**

*Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, den wir heute hier debattieren, ist schon mehr als zwei Jahre alt. Die seismischen Untersuchungen im Naturschutzgebiet Doggerbank, deren sofortiger Stopp gefordert wird, waren im Mai 2007 bereits abgeschlossen. Jetzt haben wir Mai 2009. Auch über den Einsatz von US-Kriegsmarineschiffen mit Mittelfrequenzsonar in der Ostsee zur Bewachung des im Juni 2007 stattfindenden G-8-Gipfels in Heiligendamm, der in dem Antrag kritisiert wird, brauchen wir wohl nicht mehr zu sprechen. Damit ist der Antrag der Grünen nicht nur alt, sondern auch veraltet und überholt.*

*Ebenfalls vor zwei Jahren, am 27. März 2007, haben die Fraktionen CDU/CSU und SPD in dem gemeinsamen Antrag „Schutz der Wale sicherstellen“ – Drucksache 16/48431 – unter anderem konkrete Maßnahmen zum verbesserten Schutz aller Walarten, inklusive kleinerer Wale und Delfine, gefordert. Hierin wurde besonders auch vor den negativen anthropogenen Einflüssen wie zum Beispiel Verschmutzung, Beifang und Lärm gewarnt. Am 10. Mai 2007 hat der Deutsche Bundestag diesen Antrag inklusive der Forderung nach einem wirksamen Monitoring dieser Maßnahmen angenommen. Dies macht deutlich, dass wir als Koalitionsfraktionen und die Bundesregierung das Thema Unterwasserlärm längst aufgegrif-*

- fen haben und es einer Aufforderung durch die Grünen nicht bedarf.* (C)

*Dennoch gibt es durchaus positive Ansätze in dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen. Dazu gehören unter anderem die Forderungen nach einer stärkeren Forschung über Umweltauswirkungen von Unterwasserlärm. Auch stimme ich der Entwicklung und Erprobung von Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen zu. Das ist auch eine Aufgabe der europäischen Ebene. Die Bundesregierung hat – nicht zuletzt aufgrund unseres eben angesprochenen Antrages – auch diesbezügliche Aktivitäten ergriffen, etwa im Rahmen des am 10. Oktober 2007 vorgelegten Blaubuchs zur integrierten EU-Meerespolitik mit dem dazugehörigen Aktionsplan und im Rahmen der EU-Meeresstrategie-Richtlinie.*

*Beim Unterwasserlärm ist eine Vielzahl von Faktoren zu beachten. Neben militärischen Aktivitäten sind hier der Schiffsverkehr, der Bau und Betrieb von Offshore-Windparks, die maritime Erdöl- und Gasförderung und auch die Sand- und Kiesgewinnung zu nennen. Auch seismische Untersuchungen im Zusammenhang mit maritimen Erdöl- und Erdgasquellen gehören dazu. Diesen vielfältigen Faktoren wird man mit Pauschalurteilen nicht gerecht, wie wir sie im Antrag der Grünen lesen.*

*Als Beispiel ist hier ihr Wunsch zu nennen, „anthropogenen Unterwasserlärm in Schutzgebieten und in hochfrequentierten Aufenthaltsgebieten von geschützten maritimen Arten nicht mehr zu genehmigen“. Würden wir dieser Forderung zustimmen, wäre eine Genehmigung von Offshore-Windparks in wesentlichen Bereichen der Nord- und Ostsee ausgeschlossen.* (D)

*An diesem Beispiel wird die widersprüchliche Politik der Grünen deutlich. Der erste Offshore-Windpark in der Nordsee ist in der Amtszeit von ihrem eigenen Bundesumweltminister Jürgen Trittin zur Genehmigung vorbereitet worden. Im Anschluss daran sind genau in den genehmigten Gebieten FFH-Schutzgebiete ausgewiesen worden. Und erst jetzt erfolgt die Raumplanung für die AWZ, die eigentlich am Anfang hätte stehen müssen: der zweite Schritt vor dem ersten. Raumplanerisch ist das ein Riesenblödsinn. Einerseits wollen sie den Ausbau regenerativer Energien, andererseits behindern sie ihn zum Beispiel durch einen derartigen Forderungskatalog in ihrem Antrag.*

*Wenn sie es dennoch tun, können sie kaum Zustimmung erwarten. Sie setzen sich dann nämlich dem Verdacht aus, ihre Hausaufgaben nicht ordentlich erledigt zu haben. Politik muss immer eine Vielzahl unterschiedlicher Aspekte berücksichtigen und in sich stimmig sein. Ich weiß, Kompromisse sind nicht immer leicht zu finden, aber gegensätzliche Forderungen aus der gleichen Fraktion werden der Anforderung an eine seriöse Politik nicht gerecht.*

*Die Bundesregierung engagiert sich beim Thema Unterwasserlärm. Die CDU/CSU-Fraktion unterstützt sie dabei. Das Bundesumweltministerium führt derzeit mehrere Forschungsaufträge zum Thema Unterwasserlärm durch. Es laufen Aufträge über die Lärmbelastigung im Zusammenhang mit Offshore-Windanlagen. Im Zusammenhang*

**Ingbert Liebing**

- (A) mit Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee arbeiten die verschiedenen beteiligten Ministerien zusammen.

Darüber hinaus benötigen wir dringend wissenschaftliche Grundlagen für fundierte Standards zum Meeresschutz. Daher unterstütze ich ausdrücklich den Einsatz des BMU und des Bundesamtes für Naturschutz, mit dem in konkreten Fällen die Lärmbelastungen heimischer Wale bereits minimiert werden konnten. Dafür können auch neue technologische Entwicklungen genutzt werden.

Ich hoffe, dass auf der Grundlage der aktuellen wissenschaftlichen Forschung so bald wie möglich konkrete Verbesserungen bei der Lärmbelastung von Walen, insbesondere des heimischen Schweinswales, erreicht werden können. Dafür sind wir auf einem guten Weg – auch ohne den längst überholten und veralteten Antrag der Grünen, den wir nur ablehnen können.

**Christoph Pries (SPD):**

Wir diskutieren heute über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen „Die Bedrohung der Meeresumwelt durch Unterwasserlärm stoppen“. In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, sich national und international für die Bekämpfung der anthropogenen Verlärmung der Meere einzusetzen. Das Problem ist seit langem bekannt und fraktionsübergreifend grundsätzlich wenig umstritten. Dies wurde auch in der Debatte zum Walschutz am 10. Mai 2007 deutlich. Damals haben wir uns einstimmig für einen verbesserten Schutz der Wale ausgesprochen.

- (B) Unter anderem enthält der damals angenommene Antrag „Schutz der Wale sicherstellen“ die Forderung an die Bundesregierung, sich für „konkrete Maßnahmen zum verbesserten Schutz aller Walarten vor negativen anthropogenen Einflüssen, wie zum Beispiel Verschmutzung, Beifang oder Lärm“ einzusetzen. Wir unterstützen diese Forderung, sehen aber auch die Schwierigkeiten bei der Umsetzung im Rahmen einer „Technischen Anweisung (TA) Unterwasserlärm“ auf nationaler und im Rahmen völkerrechtlich bindender Vereinbarungen auf internationaler Ebene.

Die pauschalen und zum Teil bereits überholten Forderungen in dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen werden der komplexen Problematik nicht gerecht. Darüber hinaus sind einige Forderungen bereits erfüllt worden. Wir lehnen den Antrag daher ab.

Trotzdem möchte ich betonen, dass die zunehmende Verlärmung der Meere auch für die SPD-Bundestagsfraktion ein wichtiges Thema ist. Wir begrüßen deshalb die Forschungsförderung des Bundesumweltministeriums zum Thema Unterwasserlärm. Die Bundesregierung trägt damit dazu bei, die dringend notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen für fundierte Standards zu legen. Darüber hinaus begrüßen wir den Einsatz des BMU und des Bundesamtes für Naturschutz, um in konkreten Fällen die Lärmbelastungen für die heimischen Wale zu minimieren, so zum Beispiel beim G-8-Gipfel in Heiligendamm – Vermeidung von Sonareinsatz durch amerikanische Kriegsschiffe – oder bei der Minenräumung vor der Ostseeküste.

Besonders erfreulich ist auch, dass es gelungen ist, auf der 9. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention zum Schutz wandernder Tierarten (CMS) Anfang Dezember 2008 eine Resolution zum Thema Unterwasserlärm zu verabschieden. Darüber hinaus werden im Rahmen des Abkommens zum Schutz der Kleinwale in Nord- und Ostsee, ASCOBANS, derzeit Leitlinien zur Minderung von Unterwasserlärm entwickelt, die auf der nächsten Vertragsstaatenkonferenz im Jahr 2010 vorgestellt werden sollen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hofft, dass auf der Grundlage der aktuellen wissenschaftlichen Forschung und der Diskussionen im Rahmen von CMS und ASCOBANS baldmöglichst konkrete Verbesserungen hinsichtlich der Lärmbelastung von Walen und insbesondere des heimischen Schweinswales erreicht werden können. Wir unterstützen das BMU bei den diesbezüglichen Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene.

**Kurt Bodewig (SPD):**

Am 20. Mai 2009 feiert der „Europäische Tag der Meere“ seinen ersten Geburtstag. Dessen Einführung wurde im letzten Jahr in einer gemeinsamen Dreierklärung von den Präsidenten der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union beschlossen und wird nun jedes Jahr feierlich begangen. Hintergrund ist, Bewusstseinsbildungs- und Netzwerkaktivitäten zu organisieren, die den Menschen die Bedeutung der Meere näherbringen und die Sichtbarkeit maritimer Angelegenheiten in Europa stärken.

Deshalb ist an der grundsätzlichen Idee der Grünen in ihrem vorliegenden Antrag nichts auszusetzen. Durch die Einführung eines „Europäischen Tages der Meere“ in Deutschland einen konkreten öffentlich wahrnehmbaren Schritt zu unternehmen, um ein Bewusstsein für das gemeinsame maritime Erbe zu schaffen, ist ja grundsätzlich nicht falsch. Aber ich muss an dieser Stelle fragen, warum es hier explizit eines deutschen europäischen Tages der Meere bedarf? Ich denke, dass es nicht zielführend ist in Zeiten, in denen wir ein gemeinsames Europa anstreben, in jedem Land einen nationalen Tag zu zelebrieren. Ein gemeinsamer „Europäischer Tag der Meere“, der europaweit in allen Mitgliedstaaten an vielen Orten begangen wird, ist nach meiner Ansicht die bessere Lösung. So habe ich die Freude, am kommenden Dienstag als Chairman des internationalen „Baltic Sea Forums“ in der Landesvertretung Hamburg diesen Tag mit einer Veranstaltung zum Thema „Die EU-Ostseestrategie – das Meer als Chance“ zu begehen. Weitere Veranstaltungen anlässlich des „Europäischen Tags der Meere“ fanden im Vorfeld und in den Tagen um den 20. Mai allein in Deutschland in Berlin, Kiel, Hamburg, Rostock und Bremen statt. Warum sollten wir dies auf eine einzige Bundesveranstaltung eindampfen?

Manche könnten sich fragen, warum ein europäischer Mitgliedstaat wie beispielsweise Österreich den „Europäischen Tag der Meere“ feiern sollte. Die Antwort darauf ist einfach. Denn der maritime Sektor beschränkt sich keineswegs nur auf Küstenregionen. Die Zulieferer-

**Kurt Bodewig**

- (A) *Industrie für die maritime Wirtschaft ist auch weit weg von den Küsten angesiedelt. Deshalb und weil die Meere und das maritime Erbe von unschätzbarem Wert für die Bevölkerung Europas sind, sollte der „Europäische Tag der Meere“ als europäischer und nicht als nationaler Feiertag betrachtet werden. Mir gefällt der Gedanke, dass sich europaweit in den Mitgliedstaaten Veranstaltungen mit der Bedeutung der Meere auseinandersetzen und diese auch der breiten Öffentlichkeit vermitteln.*

*Denn wir alle sollten die vielfältige Bedeutung der Meere nicht unterschätzen. Europa ist von 70 000 Kilometern Küste umgeben. Mehr als zwei Drittel seiner Grenzen sind Küsten, und mehr als 40 Prozent von Europas BIP wird in Küstenregionen erwirtschaftet. Zudem leben mehr als 50 Prozent der europäischen Bevölkerung in Küstenregionen. Eine gemeinsame europäische Meerespolitik ist also wirklich wichtig, wenn Europa weiterhin so erfolgreich sein möchte, wie es ist. Denn 90 Prozent des Außenhandels und 40 Prozent des Binnenhandels erfolgen über den Seeweg. Trotz der aktuellen Finanzkrise bewältigen europäische Häfen jährlich 3,5 Milliarden Tonnen Fracht, und etwa 350 000 Menschen sind in der Hafenwirtschaft beschäftigt. Im Fischsektor sind es weitere 526 000 Arbeitnehmer. Und auch der Küstentourismus bringt jährlich 72 Milliarden Euro in Europas Kassen.*

*Die Meere und Ozeane haben also eine strategische Bedeutung für die europäische Wirtschaft. Die unterschiedlichen Sektoren Schiffbau und Schifffahrt, Häfen und Fischerei, Offshoreenergie, Fremdenverkehr, Umwelt und maritimes Erbe sind jeder für sich von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Ergänzt wird dies durch die Synergien zwischen diesen Sektoren.*

- (B) *Im Blaubuch der KOM vom 10. Oktober 2007 „Eine integrierte Meerespolitik für die Europäische Union“ wurde auf die strategische Bedeutung der Meere und Ozeane für die europäische Wirtschaft hingewiesen. In Zeiten der Globalisierung, der Finanzkrise und der Piraterie, aber auch des technologischen Fortschritts und des Klimawandels ist eine gemeinsame europäische Meerespolitik ein Muss.*

*Ich habe das Gefühl, dass sich auch im technologischen Bereich in den kommenden Jahren einiges bewegen wird. Die Meere sind ein noch in weiten Teilen unentdeckter Forschungsbereich, und die Potenziale, die die europäischen Mitgliedstaaten hier gemeinsam noch entwickeln und nutzen können, sind groß. Gerade – aber nicht nur – für den Bereich der erneuerbaren Energien wird hier sicher noch ein großer Nutzwert entstehen, der auch unserem Klima zugutekommen wird. Jeder Mitgliedstaat für sich wäre wahrscheinlich mit der Ausschöpfung dieser Potenziale überfordert. Doch durch die Kombination ihres Wissens und ihrer Technologien kann Europa wettbewerbsfähig sein. Der Zusammenschluss bzw. die Kooperation von Universitäten und Unternehmen aus elf Staaten im Ostseeraum ist ein gutes Beispiel.*

*Auch für den logistischen Bereich entwickeln sich die Meere zu einer unverzichtbaren Alternative zur Schiene. Wie bereits erwähnt, erfolgen 90 Prozent des europäischen Außen- und 40 Prozent des Binnenhandels auf dem*

- Seeweg. Die Frachtmengen, die an europäischen Häfen bewältigt werden, sind immens. Dass die Europäische Union zukünftig verstärkt auf die Schifffahrt setzt, um die bevorstehenden Verkehrszuwächse ökologisch verträglich und kostengünstig bewältigen zu können, begrüße ich.* (C)

*Problem Bereiche wie der Klimaschutz und der Schutz der Meeresumwelt und die Bekämpfung von Piraterie lassen sich, wie man an der erfolgreichen Arbeit der Organisation HELCOM im Bereich der Umwelt und der Atalanta-Mission der Europäischen Union zur Bekämpfung der Piraterie vor den Küsten Somalias sieht, am besten gemeinsam bekämpfen und lösen.*

*Gerade deshalb plädiere ich noch einmal dafür, den „Europäischen Tag der Meere“ dort zu belassen, wo er hingehört: auf der europäischen Ebene. Dort wird er auch in diesem Jahr in großem Stil begangen. Ich selbst freue mich sehr darauf, auf der Stakeholder Conference, die anlässlich dieses Tages am 20. Mai in Rom stattfindet, zu Gast zu sein. In einer Vielzahl von Paneldiskussionen, Workshops und Gesprächen, aber auch bei den vielen Veranstaltungen, die anlässlich des „Europäischen Tages der Meere“ in ganz Rom stattfinden werden, wird es öffentlichkeitswirksam um die Bedeutung der Meere für Europa gehen.*

*Die Meerespolitik ist ein europäisches Anliegen.*

**Hans-Michael Goldmann (FDP):**

- Die wirtschaftliche Nutzung der Meere hat stark zugenommen, wobei auch neue Interessen wie Seewindkraft, Meeresbergbau, Meeresschutzgebiete etc. an Bedeutung gewinnen. Verschiedene Nutzungsansprüche entwickeln sich teilweise gegenläufig und geraten in Konkurrenz zueinander.* (D)

*Die FDP-Bundestagsfraktion hat im Februar 2007 eine öffentliche Anhörung zur Meerespolitik der EU durchgeführt, deren Ergebnisse in unseren Antrag „Schutz und Nutzung der Meere – Für eine integrierte maritime Politik“, Drucksache 16/4418, eingeflossen sind. Nutzung und Schutz müssen sich nicht ausschließen. Es gilt jeweils eine sinnvolle und vernünftige Abwägung divergierender Interessen vorzunehmen.*

*So enthält der Antrag zum Schutz der Meeresumwelt durch Unterwasserlärm durchaus viel Richtiges. Die FDP unterstützt sowohl die Forderung nach Verstärkung der Forschungsanstrengungen als auch die Forderung nach der Intensivierung der Entwicklung und Erprobung von Vermeidungs- und Vergrämungsstrategien. Wie sich aus der Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage „Schutz der Meeresumwelt beim Bau deutscher Offshore-Windparks“, Drucksache 16/10959, ergibt, besteht im Hinblick auf das Ziel Konsens, und es wird auch schon manches unternommen, um die Meeresumwelt vor Unterwasserlärm zu schützen. Da der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilweise veraltet ist, enthalten wir uns insoweit der Stimme.*

*Bei vielen Bürgern ist die dynamische Entwicklung der Meere und des maritimen Bereichs noch nicht angekommen. Vielfach ist noch unklar, welche Bedeutung die*

**Hans-Michael Goldmann**

- (A) *Meere haben, dass sie nicht nur für das Weltklima und die Umwelt insgesamt von entscheidender Bedeutung sind, sondern auch für unseren wirtschaftlichen Wohlstand. Während der Nutzen der Meere, der Nutzen ökologisch intakter Meere immerhin den meisten Menschen an der Küste schon lange klar ist, haben die Binnenländer hier noch einiges aufzuholen. Es fängt schon bei etwas so Profanem an, dass zwei Drittel der Wertschöpfung im Schiffbau gar nicht in den Küstenländern, sondern bei Firmen im Binnenland erfolgen.*

*Die FDP begrüßt deshalb, dass die EU-Kommission mit dem 20. Mai den „Europäischen Tag der Meere“ aus der Taufe gehoben hat. Die Meeresregionen mit ihren vielfältigen Ökosystemen sind unterschiedlichen Beeinträchtigungen ausgesetzt. Trotz einiger Erfolge ist der Schutz der Meere und Küsten nach wie vor eine große Herausforderung. Die Schäden, die den Küstenregionen durch Schadstoffeinträge durch die Flüsse, auch aus dem Binnenland, zugefügt werden, sind oft irreparabel. Ein Beispiel ist ein immer noch zu hoher Nährstoff- und Schwermetalleintrag. Die politische Entscheidungsfindung zum Schutz der Meere kann nur unter der Betrachtung des ganzen Ökosystems erfolgen, und dafür bedarf es eines umfassenden Verständnisses von der Bedeutung der Meere.*

*Ein solcher Tag muss mit Leben gefüllt werden, wenn er einen Sinn ergeben soll. Dieser Tag könnte Anlass für deutsche Regionen und Städte sein, sich ein Programm zu überlegen, das einerseits die Bürger aufklärt und andererseits touristische Akzente setzt. Schulen und Hochschulen könnten ihn künftig sinnvoll begleiten.*

- (B) *Ob es Aufgabe gerade der Bundesregierung ist, ein Konzept vorzulegen, wie mit einem Tag der Meere ein Bewusstsein für das maritime Erbe auch auf europäischer Ebene geschaffen werden kann – wie dies von den Grünen gefordert wird –, ist zweifelhaft. Wegen der Kultushoheit der Länder wäre es sinnvoll, wenn die Bundesländer Konzepte erarbeiten, wie sie diesen Tag durch entsprechende Angebote und Anreize gestalten können. Insofern enthalten wir uns auch bei diesem Antrag der Stimme.*

**Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):**

*Die Linksfraktion unterstützt den Antrag der Grünen, der auf einen Vorschlag der Europäischen Kommission, des Rates und des EU-Parlaments zurückgeht. Ein „Europäischer Tag der Meere“, der festlich begangen wird, könnte dazu beitragen, ein Bewusstsein für das gemeinsame maritime Erbe zu schaffen.*

*Ein solches Bewusstsein wäre auch mehr als notwendig. Schließlich ist die Bilanz der menschlichen Eingriffe in die unterseeische Welt katastrophal. In den letzten hundert Jahren sind die Bestände vieler Fischarten um fast 90 Prozent zurückgegangen, schätzen Wissenschaftler. Weil sich das Ganze jedoch fernab und unter der Wasseroberfläche abspielt, wird es für viele Menschen wenig greifbar. Das ist beispielsweise beim Waldsterben anders. Lichte Kronen und Mittelgebirge mit Baumstümpfen sind sichtbar. Sie haben viele Bürgerinnen und Bürger für den „sauren Regen“ und Luftschadstoffe sensibilisiert. Der öffentliche Druck war es vor allem, der zur Verschärfung*

- der entsprechenden Grenzwerte für Industrie- und Verbrennungsanlagen geführt hat.* (C)

*Genau solch ein öffentlicher Druck für den Schutz der Meere fehlt, wenn man einmal von Walen und Delfinen absieht. Kabeljau, Sprotte und Tunfisch haben keine Lobby. Sie werden gnadenlos überfischt. Dabei geht es nicht nur um den Artenschutz, sondern – wie beim Klimaschutz – auch um Solidarität. Denn während Millionen Tonnen wertvoller Meerestiere als Beifänge ungenutzt und tot über Bord gehen, sitzen Millionen von Küstenbewohnern in Afrika vor leeren Tellern. Die Trawler der Industriestaaten saugen ihnen die Meere leer, legal und illegal.*

*Es geht aber nicht nur um Fische. Das Ökosystem Meer als Ganzes zu begreifen und endlich behutsam zu nutzen, das ist die eigentliche Aufgabe, die vor der Menschheit steht. Schließlich sind die Ozeane neben der Überfischung auch durch organische Überfrachtung und Schadstoffeinträge bedroht. Die Überdüngung der Flüsse aus der Landwirtschaft führt in den Meeren zu gefährlichen Algenblüten. Schwermetalle und hormonelle Stoffe, neuerdings auch nukleare Belastungen reichern sich in den Organismen an. Zunehmend wird auch Lärm zu einem Problem, insbesondere für Großsäuger.*

*Wie mangelhaft die europäische Meeresschutzpolitik ist, zeigen Grünbuch und Blue-Paper der EU-Kommission genauso wie die Entwicklung der europäischen Meeresschutzrichtlinie. Die Gesetzgebung und die Zuständigkeiten in Bezug auf den Meeresschutz bleiben zersplittert. Ein ganzheitlicher ökosystemarischer Ansatz ist nicht erkennbar. Die Ozeane werden vorrangig als Wirtschaftsgut betrachtet. Meeresschutz ist aber deutlich mehr, als konkurrierende Nutzungsansprüche aus Fischerei, Bergbau, Seefahrt und Tourismus abzugleichen.* (D)

*Doch noch ein Blick nach vorn, der zeigt, dass sich moderner Meeresschutz und Meeresnutzung auch gegenseitig befruchten können. In Neuseeland waren die Fischer einst die stärksten Gegner, als es darum ging, Schutzgebiete einzurichten. Nunmehr gehören die Fischer zu den Verteidigern dieser ökologischen Oasen. Die dort rasant anwachsenden Bestände wandern nämlich aus den Schutzgebieten aus und füllen wieder die Netze. Greenpeace und andere fordern seit langem, auch in anderen Teilen der Welt Meeresschutzgebiete einzurichten, in denen Fischerei und Rohstoffabbau verboten werden. Konkrete Vorschläge gibt es für Nord- und Ostsee sowie für die außereuropäischen Meere. Vielleicht kann ein „Europäischer Tag der Meere“ dazu beitragen, solche Visionen Wirklichkeit werden zu lassen.*

*Was den zweiten Antrag betrifft, so halten wir den steigenden Unterwasserlärm für eine große Bedrohung der maritimen Lebenswelt. Mit Sicherheit gefährdet er Wale und Tümmler. Entsprechende Untersuchungen liegen vor. Deshalb muss die Bundesregierung einerseits national Maßnahmen gegen anthropogenen Unterwasserlärm ergreifen und sich andererseits konsequent für internationale Maßnahmen gegen den Unterwasserlärm einsetzen. Insbesondere in Schutzgebieten und hochfrequentierten Aufenthaltsgebieten dieser Tiere müssen Tätigkeiten des Menschen, die starken Lärm entwickeln, weitgehend ver-*

**Eva Bulling-Schröter**

- (A) *boten werden. Das betrifft insbesondere die Sonaraktivitäten von U-Booten sowie Sprengungen. Für Deutschland müssen darum seismische Untersuchungen, wie sie im Naturschutzgebiet Doggerbank stattgefunden haben, künftig unterbunden werden.*

**Rainer Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

*Die Meere sind für alle Länder Europas von zentraler ökonomischer und ökologischer Bedeutung: Circa zwei Drittel der europäischen Außengrenzen werden von Küstenlinien gebildet, 22 der 27 EU-Mitgliedsländer sind Insel- oder Küstenstaaten, und die Fläche der EU-Hoheitsgewässer ist größer als das kontinentale Hoheitsgebiet der EU. Fast die Hälfte aller EU-Bürger lebt in Küstenregionen. Sowohl ihre Lebensqualität als auch ihr Lebensstandard sind abhängig vom Zustand der Meere und einer nachhaltigen Nutzung dieser Ressource. Der Rückgriffsmöglichkeit auf die Ressource Meer haben wir einen erheblichen Teil unseres heutigen Wohlstandes auf dem europäischen Kontinent zu verdanken. Andererseits war es genau diese Nutzung, die große Teile der sensiblen maritimen Ökosysteme an den Rand des Zusammenbruchs gebracht hat. Unsere Meere sehen sich heute mannigfaltigen Bedrohungen ausgesetzt: Zunehmende Schadstoff- und Lärmemission durch die Schifffahrt, eine Überdüngung und Überfischung, eine zunehmenden Verbauung der Küsten etc. haben bereits heute zu teilweise irreparablen Schäden geführt. Durch die exzessive Nutzung unserer Meere laufen wir Gefahr, den erst durch sie ermöglichten Standard einer hohen Lebensqualität zu gefährden.*

- (B) *Mit dem „Europäischen Tag der Meere“ macht die EU deutlich, dass sie die Herausforderungen, unsere Meere effektiv zu schützen, erkannt hat und die Herausforderung ernst nimmt. Der „Europäische Tag der Meere“ ist elementarer Bestandteil der Strategie für „eine integrierte Meerespolitik für die Europäische Union“. Diese lässt sich im gleichnamigen Blaubuch und dem darauf aufbauenden Aktionsplan der Kommission vom 10. Oktober 2007 finden. Dort heißt es: Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der Schutz der Meeresumwelt und die Interessen und Lebensgrundlagen derjenigen, die von der maritimen Wirtschaft abhängig sind oder an der Küste wohnen, sollen integrale Bestandteile einer ganzheitlichen Betrachtungsweise sein. Dementsprechend enthalten Blaubuch und Aktionsplan folgende Aktionsbereiche: Optimale Nachhaltigkeit bei der wirtschaftlichen Nutzung der Meeresressourcen, Aufbau einer Wissens- und Innovationsgrundlage, verbesserte Lebensqualität in den Küstenregionen, Ausbau der Position Europas in den internationalen Organisationen und Abkommen und größere Aufmerksamkeit für ein maritimes Europa in der Öffentlichkeit.*

*Um die Bedeutung unserer Meere für unser tägliches Leben stärker ins Bewusstsein zu rufen und vor allem dem letzten Punkt, einer größeren Aufmerksamkeit für ein maritimes Europa, gerecht zu werden, haben Europäische Kommission, Rat und Parlament vor zwei Jahren den „Europäischen Tag der Meere“ ins Leben gerufen. Zugleich wurden alle, ich betone, alle Mitgliedstaaten,*

*Regionen, nichtstaatliche Organisationen, Wissenschaftseinrichtungen sowie alle Organisationen und Institutionen, die irgendwie mit dem Meer zu tun haben, aufgerufen, sich mit eigenen Aktionen an dem „Europäischen Tag des Meeres“ zu beteiligen. Dieser Aufforderung sind viele Mitgliedstaaten, etliche Regionen, unzählige nichtstaatliche Organisationen und Wirtschafts- und Forschungsländer begehren in Kooperation mit Universitäten, Meeresforschungsinstituten und Organisationen den „Europäischen Tag der Meere“ am 20. Mai 2009.*

*Nur die Bundesregierung weigert sich bislang beharrlich, einen solchen „Europäischen Tag der Meere“ auch in Deutschland einzuführen und angemessen zu gestalten. Das ist mehr als traurig: Als Exportnation haben gerade wir besonders von der Bedeutung der Meere profitiert. Gerade wir sind es, die ein besonderes Interesse daran haben sollten, auch unseren zukünftigen Wohlstand zu sichern. Womit die Weigerung der Bundesregierung, einen solchen Tag auch in Deutschland einzuführen, zu begründen ist, bleibt weiter unklar. Der Hinweis darauf, man sei nicht imstande, einen solchen Tag in Deutschland zu begehen, da man sich auf europäischer Ebene so stark engagiere, ist peinlich und kann wohl kaum der Grund sein. Für mich bleiben nur zwei mögliche Erklärungen: Entweder hat die Bundesregierung die Bedeutung der Meere bisher nicht erkannt, womit sie sich ein Armutszeugnis ausstellen würde –, oder der wahre Grund ist der, dass es sich nach Meinung der Bundesregierung um die Initiative einer Oppositionsfraktion handelt, der man schon aus Prinzip nicht zustimmen will.*

(D) *Liebe Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung, um das noch einmal klarzustellen: Die Annahme, dass es sich hier ausschließlich um eine Initiative der Opposition handele, ist falsch. Wir, die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen sind es lediglich, die Sie, die Bundesregierung, einmal mehr an die Bedeutung der Meere für unser Land und die von Ihnen eingegangenen Verpflichtungen innerhalb der EU erinnern müssen.*

*Hiermit fordern meine Fraktion und ich sie noch einmal mit Nachdruck dazu auf, den 20. Mai als den „Europäischen Tag der Meere“ auch in Deutschland einzuführen und angemessen zu gestalten. Ansonsten läuft die Bundesregierung nicht nur Gefahr, die gemeinsame Empfehlung der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union vom 14. Dezember 2007 zu missachten, sondern vergibt zudem die Chance, ein Bewusstsein für das maritime Erbe auf deutscher und europäischer Ebene zu schaffen und der Notwendigkeit des Schutzes der Meere den Platz einzuräumen, welche die Meere als unsere natürliche Lebensgrundlage verdienen.*

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Tagesordnungspunkt 27 a. Wir kommen zunächst zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Naturschutz, Umwelt und Reaktorsicherheit zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Die Bedrohung der Meeresumwelt durch Un-

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt**

- (A) terwasserlärm stoppen“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/7168, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/5117 abzulehnen. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Koalitionsfraktionen und bei Gegenstimmen des Bündnisses 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke angenommen. Die FDP hat sich enthalten.

Tagesordnungspunkt 27 b. Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Einführung eines Europäischen Tages der Meere“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/12654, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/8213 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen. Dagegen haben die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gestimmt. Die FDP hat sich enthalten.

(B)

(C)

(D)